

Rechtsextreme Immobilienprojekte – lokale Reaktionen und Herausforderungen für die Gemeinwesenberatung

In Brandenburg lassen sich seit Jahren Anmietungs- und Immobilienkaufversuche seitens Rechtsextremer beobachten. Sie suchen Grundstücke und Gebäude, die als Veranstaltungsorte, Wohnhäuser oder Schulungszentren genutzt werden können. Fast in allen Fällen kommt es im Gemeinwesen zu Reaktionen, da man mögliche Bedrohungen fürchtet. Häufig sind es die direkt betroffenen Nachbarn, die sich um Ruhe, Sicherheit und Privatsphäre sorgen. Zumeist ist die Verunsicherung dann groß – was kann ich als Nachbar tun, wenn mich die Inhalte der Musik stören, wenn ich nicht möchte, dass die Kinder miteinander Kontakt pflegen, wie verhalte ich mich bei Gesprächen am Gartenzaun? Und dann gibt es natürlich auch immer Bürgerinnen und Bürger im Ort, die sich unkritisch mit der NPD auseinandersetzen, die NPD sei doch „eine Partei wie jede andere auch“.

Der Artikel gibt einen Überblick über die Folgen solcher Miet- und Kaufprojekte für die Gemeinden und vermittelt Einblicke in die entsprechenden Prozesse der Gemeinwesenberatung. Dabei wird zunächst auf die Situation im Land Brandenburg generell eingegangen. Am konkreten Beispiel von Märkisch Buchholz wird anschließend gezeigt, wie man dort auf den Zuzug des Kaders Sven Haverlandt reagierte und welche Hürden es zu nehmen galt.¹ Weiterhin wird aufgezeigt, welche Rolle im Beratungsprozess das MBT einnahm. Im Anschluss an diesen Fall werden die grundsätzlich möglichen Auswirkungen des Zuzugs eines Kaders auf das Gemeinwesen dargestellt und gezeigt, in welcher Form darauf reagiert werden kann.

Allgemeine Situation bei Immobilienkäufen von Rechtsextremen in Brandenburg

Mit der Forderung „Nazis raus“ wird die eigentliche Frage des „Wohin“ ausgeklammert. Ganz ähnlich bleibt bei der Betrachtung des Zuzuges von Rechts-

¹ Mit Kader sind hier Führungskräfte von Kameradschaften, Funktionäre der NPD oder Schlüsselpersonen rechtsextremer Netzwerke und Organisationen gemeint.

extremen das „Woher“ oft unthematisiert. Neonazis werden nicht im Nichts verschwinden und zuziehende Rechtsextreme kommen aus einem anderen Gemeinwesen, zum Teil auch aus Brandenburg. Letztlich sind Menschen mit rechtsextremen Einstellungen auch Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland und haben im Rahmen der geltenden Freizügigkeit das Recht, ihren Wohnort frei zu wählen. Ein Zuzug von Rechtsextremen ist demnach für sich genommen zunächst kein Problem, sondern gehört zur Normalität.

Oft wird ein solcher Zuzug nicht wahrgenommen, da der neue Nachbar seine politische Gesinnung nicht vor sich her trägt. Zum Teil erfolgen solche Anmietungen oder Ankäufe verdeckt, in anderen Fällen mehr oder weniger offen, indem sich NPD-Kader als Privatpersonen mit Privatinteressen ausgeben. Solange sich hinter dem neuen Mitglied des Gemeinwesens kein Kader verbirgt und dieser keine besonderen Ziele zur Agitation seines Umfeldes verfolgt, kann man nicht von einer Gefahr für das demokratische Zusammenwirken ausgehen. Anders verhält es sich, wenn der neue Bewohner das Ziel politischer Änderungen verfolgt und er etwa auf die Etablierung einer rechtsextremen Partei in der Kommunalvertretung hinarbeitet.

Die NPD verfolgt diese Strategie des gezielten Zuzuges schon länger, so beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen.² Begründet ist dieses Verhalten im schlechten Image der NPD. Zwar erzielt die NPD durchaus auch Wahlerfolge, für einen durchschlagenden Erfolg bedürfte es allerdings einer größeren Akzeptanz in der Bevölkerung. Diese versucht die NPD durch eine intensive, dem jeweiligen Gemeinwesen zugewandte Beziehungsarbeit zu erreichen. Dabei ziehen bewusst vertrauenserweckende und unpolitisch wirkende Kader in die Nachbarschaft und machen sich bekannt. Die gedankliche Kategorisierung eines NPD-Mitgliedes als „schlecht“, „böse“ oder „gefährlich“ fällt umso schwerer, je stärker dieses als sympathischer Nachbar oder zuverlässiger und seriöser Vertragspartner wahrgenommen wird. Solche NPD-Funktionäre agieren häufig schon länger in Gemeinwesen, so z.B. als engagierter Mitbürger oder als Gewerbetreibender.³ Auf diesem Wege versucht die NPD einer grundsätzlichen Ablehnung Rechtsextremer vorzubauen. Es dauert oft Wochen, wenn nicht Monate bis der neue Nachbar auch in anderen Bereichen wahrgenommen wird, z.B. durch deutschnationale Lieder oder Musik, Veranstaltungen bzw. überregionalen Besucherverkehr.

² Toralf Staud: *Moderne Nazis – Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2006, S. 10; Christian Bergmann: *NPD – Neue Wege, neue Erfolge?* München: Grin Verlag 2007, S. 9.

³ So zum Beispiel der Inhaber einer KFZ-Werkstatt in Eichwalde (Landkreis Dahme-Spreevald), Frank Knuffke, der die NPD im Kreistag vertritt.

Schon zu Beginn der 2000er-Jahre veröffentlichte die NPD in ihrer Zeitung „Deutsche Stimme“ eine Reihe von Aufsätzen, in denen die Ortsgruppen dazu aufgerufen werden, sich lokal im Gemeinwesen zu etablieren. Dabei wird insbesondere Wert darauf gelegt, vorhandene Strukturen für die eigenen Zwecke zu nutzen, anstatt neue zu gründen.⁴ Ein Beispiel dafür war Uwe Leichsenring, ein Fahrlehrer aus Königstein (Sachsen), der im Hinblick auf diese Taktik in der NPD als Vorzeigeobjekt gilt. Leichsenring schaffte den Sprung in alle kommunalen Gremien und in den sächsischen Landtag.⁵ In Brandenburg sind solche Beispiele bislang nicht bekannt.

Neben dem Versuch, mit ihren Kadern auf lokaler Ebene Präsenz zu zeigen und Bürgernähe herzustellen, hat insbesondere die NPD ein großes Interesse an Immobilien. Als Partei benötigt sie Räume, um ihre Arbeit zu koordinieren, Parteileben zu organisieren und auf potentielle Wählerinnen und Wähler einen professionellen Eindruck zu machen. Da ein Mietverhältnis immer zu Problemen mit dem Vermieter führen kann und somit keine Beständigkeit in der Arbeit gewährleistet ist, bleibt der NPD nur der Weg, eine Immobilie zu erwerben.⁶ Einige bekanntere Fälle werden in der folgenden Tabelle zusammengestellt.⁷

Situation in Märkisch Buchholz

Beschreibung des Ortes

Die Stadt Märkisch Buchholz mit ihren nur 780 Einwohnern liegt im Landkreis Dahme-Spreewald und gilt als kleinste Stadt in Brandenburg. Auf den ersten Blick wirkt der im Jahr 1341 erstmals urkundlich erwähnte Ort im Spreewald mit seinem kleinen Flusslauf der Dahme idyllisch und besonders anziehend für Kanuwanderer und Radfahrer. Im Bereich des heutigen Stadtteils Köthen lebten im Mittelalter überwiegend Wenden (Sorben). Daher stammt der ursprüngliche Name Wendisch Buchholz, der 1937 zu Märkisch Buchholz „eingedeutscht“ wurde.

⁴ Deutsche Stimme, 25. Jg. (2000), Nr. 4, S. 22.

⁵ Toralf Staud: Moderne Nazis – Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2006, S. 136. Leichsenring kam im August 2006 bei einem Verkehrsunfall ums Leben.

⁶ Vgl. dazu die Verfassungsschutzberichte für das Land Brandenburg der letzten Jahre.

⁷ Vgl. Ministerium des Innern des Landes Brandenburg (Hg.): Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2010. Potsdam 2011, S. 37-42; Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2011. Potsdam 2012, S. 88-92.

Ort	Nutzung	Jahr der Nutzung	Eigentümer
Jagow (UM)	Hier nutzte die NPD ein Privatgrundstück zur Austragung des regionalen Sommerfestes.	2010	NPD-Mitglied
Buberow (OHV)	Auf diesem Grundstück samt Wohnhaus fanden im Sommer 2010 mehrere einschlägige Szenetreffen statt.	2010	Reimer Leibner
Rauen (LOS)	Auf diesem Grundstück samt Bauernhof fanden Diskotheken der rechtsextremen Szene statt.	2007-2010	Andreas Molau/ Jürgen Rieger †
Finowfurt (BAR)	Ein größeres Gelände, auf dem mehrere Konzerte und DVU- sowie NPD-Veranstaltungen (Sommerfest DVU, Preußentag etc.) stattfanden.	seit 2006	Klaus und Sybille Mann
Biesenthal (BAR)	Das ehemalige Asylbewerberheim umfasst ein großes Gelände samt Gebäudekomplex, welches in der Vergangenheit durch baurechtliche Vorgaben für verschiedene Nutzungsformen stark eingeschränkt wurde. Heute wird es manchmal von der NPD für Versammlungen genutzt.	seit 2007	DEVASTA GmbH Bauberatungs- firma
Brandenburg a.d.H. OT Kirchmöser	Das Objekt wird vom „Bund für Gotterkenntnis“ genutzt, welcher durch rechtsextremes und sektenhaftes Verhalten auffällt.	2010	Bund für Gotterkenntnis
Oranienburg (OHV)	Ein bis zum Ende des Jahres 2011 vermietetes Gebäude, wurde insbesondere von der JN* für Konzerte genutzt. Acht Konzerte wurden im Jahr 2011 durchgeführt.	bis 2011	JN-Mitglied
Mühlenfließ (PM)	Das im Besitz des ehemaligen JN-Funktionärs Maik Eminger befindliche Grundstück samt mehreren kleinen Gebäuden wird regelmäßig für Treffen von Rechtsextremen genutzt.	seit 2008	Maik Eminger
Märkisch Buchholz (LDS)	Sven Haverlandt als Vorsitzender der NPD Dahmeland erwarb im Jahr 2010 eine Immobilie mitsamt einem großen Gastraum.	seit 2010	Familie Haverlandt

* JN ist die Abkürzung für Junge Nationaldemokraten, Jugendorganisation der NPD.

Die Verwaltung der Stadt wird seit 1991/1992 vom Amt Schenkenländchen ausgeführt, der Amtssitz wurde nach Teupitz verlegt, weshalb Märkisch Buchholz im Hinblick auf Politik und Verwaltung an Bedeutung verlor.



Ortseingang Märkisch Buchholz – von Halbe kommend.



*Im Krieg zerstört – erst 30 Jahre später wieder errichtet:
die Kirche von Märkisch Buchholz*

Märkisch Buchholz und Halbe verbindet und trennt einiges im geschichtlichen Rückblick. Während der vier Kilometer entfernte Ort Halbe durch seine Tongruben und Ziegeleien im 20. Jahrhundert zahlreiche Arbeiter und ihre Familien aus Berlin und Schlesien anzog und der sich rasant entwickelnden Großstadt Berlin reichlich Baumaterial lieferte, war Märkisch Buchholz von jeher stärker ländlich geprägt, z.B. durch Ackerbürger, Holzwirtschaft und Sägewerke. Aber es gab auch Handwerker, Händler, Gewerbetreibende, Ärzte und Hebammen, die zu der Entwicklung eines städtischen Lebens beitrugen. Anfang des 19. Jahrhunderts war Märkisch Buchholz bereits eine bedeutende Postkutschenstation auf der Linie Berlin – Mittenwalde – Buchholz – Lübben – Prag. Im 20. Jahrhundert besorgte das Reichspostamt mit Autobussen den

Personen-, Brief- und Paketverkehr über Märkisch Buchholz. Nicht nur die Reisenden, sondern auch die umliegenden Dörfer nutzten hier bis zum Zweiten Weltkrieg die guten Einkaufsmöglichkeiten und das handwerkliche Angebot.

Durch die gute Anbindung an Berlin entwickelten sich seit der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert auch zunehmend Tourismus und Wassersportverkehr in der reizvollen Landschaft. Zahlreiche Hotels und Restaurants luden zum Verweilen ein – von den sieben Gaststätten, die es vor dem Zweiten Weltkrieg gab, sind heute noch zwei erhalten.

Auch die Bevölkerungszahl nahm ab – hatte Märkisch Buchholz um 1905 noch 1.205 Einwohner, sind es heute ein Drittel weniger. Der Tourismus hat im Vergleich zur Jahrhundertwende ebenfalls Einbußen hinnehmen müssen, wenngleich Tagesausflügler auf Wasser- und Fahrradwegen in den Sommermonaten zahlreich sind. Märkisch Buchholz ist trotz seiner kleinstädtischen Geschichte eher ländlich bzw. dörflich geprägt – in das größere, strategisch dichter an der Autobahn liegende Halbe gehen die Kinder zur Schule, dort finden sich die einzige Bahnanbindung an die Strecke Berlin – Cottbus, eine Tankstelle sowie Einkaufsmöglichkeiten.

Wie unter Nachbarn durchaus üblich, gibt es auch zwischen diesen beiden Orten alten Streit und Meinungsverschiedenheiten. Das Verbindende kann auch manches Mal trennen – besonders wenn es mit schmerzhaften Erfahrungen verbunden ist. Beide Orte haben in den letzten Tagen des Zweiten Weltkrieges die Auswirkungen der Kampfhandlungen unmittelbar zu spüren bekommen. Mit der Bezeichnung „der Kessel von Halbe“ wissen auch die nachfolgenden Generationen einiges anzufangen. Jahrzehntlang wurde in der DDR auf dem Waldfriedhof in Halbe, auf dem mehr als 30.000 Kriegsoffer begraben liegen, pädagogische Friedenserziehung geübt. Tatsächlich aber hatte Märkisch Buchholz viel stärkere Zerstörungen und mehr Todesopfer zu beklagen als Halbe, das mit seiner Kriegsgräberstätte nach 1945 international bekannt geworden ist und an Bedeutung gewonnen hat. Märkisch Buchholz war nach dem Krieg zu 70 Prozent zerstört. Die Einwohner hatten 90 Kriegstote zu beklagen, das entsprach 13 Prozent der damaligen Bevölkerung. Manche Buchholzer stört es, wenn geschichtlich ungenau noch immer vom „Kessel von Halbe“ gesprochen wird. Korrekt müsste es heißen: der Kessel von Halbe und Märkisch Buchholz.

In Märkisch Buchholz existiert ein jüdischer Friedhof. Dort sind noch 26 Grabsteine erhalten, das älteste Grab stammt aus dem Jahr 1846, der jüngste Stein datiert von 1917. In der NS-Zeit lebten keine Juden mehr in Märkisch Buchholz, nachdem die letzte Familie bereits in den 1920er Jahren verzogen war. Zur NS-Zeit in Märkisch Buchholz hat der Ortschronist Franz Müller u.a. Folgendes vermerkt:

„... da in Buchholz zu dieser Zeit keine Juden wohnten, konnten auch keine Ausschreitungen gegen jüdisches Eigentum wie z.B. in der „Reichskristallnacht“ in Halbe, Beeskow und Bad Saarow stattfinden. Dennoch hat ein hier gebürtiger Buchholzer mit einer Horde Berliner SA-Leute den jüdischen Friedhof der Stadt verwüstet...“.⁸

Die Machtverhältnisse

Bei den letzten Kommunalwahlen dominierten Zusammenschlüsse von Wählerbündnissen nicht etablierter Parteien, wie z.B. „Partner für die Feuerwehr“ und der „Heimatverein Märkisch Buchholz“.



Die Feuerwehr im Ort

Die Stadtverordnetenversammlung besteht insgesamt aus zehn Stadtverordneten und setzt sich zusammen aus fünf Mitgliedern der Wählergruppe „Partner der Feuerwehr“, zwei Mitgliedern der Wählergruppe „Heimatverein Märkisch Buchholz e.V.“, zwei Einzelkandidaten und einem Sitz für die SPD. Die Bürgermeisterin Bianca Urban vom Heimatverein Märkisch Buchholz e.V. wurde 2008 neu ins Amt gewählt und löste nach zwei Amtszeiten ihren Vorgänger Karl-Heinz Haucke ab. Er galt als anmaßend und es gibt einige Stimmen im Ort, die ihn der Korruption im Amt verdächtigen. Es war vielen Bewohnern eine Herzensangelegenheit, den bisherigen Bürgermeister abzuwählen. Für die neue Kandidatin des Heimatvereins, eine in Märkisch Buchholz aufgewachsene Rechtsanwältin, standen die Chancen gut.

Die Stadt Märkisch Buchholz ist bürgerlich geprägt und verfügt über eine große Vielfalt an Vereinen mit einem regen Vereinsleben. Der mitglieder-

⁸ Frank Müller: Chronik von Märkisch Buchholz. 2006 (unveröffentlichtes Manuskript). – Herzlichen Dank an den heutigen Ortschronisten Reinhard Düring für die Unterstützung.

stärkste Verein ist der Sportverein, gefolgt vom Angler-, vom Heimat- und vom Kleingartenverein, von der Volkssolidarität und dem Fremdenverkehrsverein.

Die NPD Dahmeland konnte bei den Kommunalwahlen am 28.9.2008 hier eines ihrer drei Kreistagsmandate gewinnen. Ihr Kreisverbandsvorsitzender, der in Berlin geborene 34-jährige Sven Gunnar Haverlandt, ist von Beruf Informatiker. Bereits bei der Kommunalwahl 2008 kandidierte er für die NPD und holte in Märkisch Buchholz 92 Wählerstimmen von insgesamt 706 Wahlberechtigten – das entspricht knapp 7,7 Prozent der abgegebenen Stimmen. Bei der Landtagswahl 2009 erhielt die NPD in Märkisch Buchholz 6,5 Prozent der Erst-Stimmen (27 Stimmen) und 6,8 Prozent der Zweit-Stimmen (30 Stimmen). Dies zeigt, dass Herr Haverlandt in Teilen der Bevölkerung durchaus mit Unterstützung rechnen kann. Es bleibt abzuwarten, ob er dieses Potential zur nächsten Kommunalwahl 2014 ausbauen wird.

Agieren der NPD

Der Brandenburgische Verfassungsschutz beobachtet schon seit längerem in Märkisch Buchholz Funktionärsitzungen, Liederabende und Szeneveranstaltungen. Doch der Kreisverband Dahmeland zählt mit seinen insgesamt 24 Mitgliedern zu den mitgliederschwächsten Kreisverbänden in Brandenburg. Lange Zeit wurde er vom benachbarten Kreisverband Oderland aktiv unterstützt und am Leben gehalten. Auch die Freien Kräfte Königs Wusterhausen und Teltow Fläming unterstützen die Aktivitäten des Kreisverbandsvorsitzenden Haverlandt, zumindest personell bei Kundgebungen und Demonstrationen. In der öffentlichen Wahrnehmung ist der Kreisverband eher eine kleine, unbedeutende Gruppe als eine politische Partei. Bemerkenswerte Auftritte im Kreistag gab es kaum, auch politische Aktionen waren eher Schein als Sein.

Dass NPD-Kader im Falle einer Wohnortverlagerung oder eines Hauskaufes auch an ihrem neuen Wohnort tatsächlich aktiv werden, ist in der Vergangenheit in Brandenburg kaum vorgekommen. Demnach vermuteten wir nach dem Immobilienkauf zunächst, dass Familie Willnow-Haverlandt, ähnlich wie Familie Hähnel in Teltow-Fläming, den neuen Wohnort als privaten Rückzugsraum nutzen wollte. Bekräftigt wurde diese Vermutung durch die Information, dass Frau Willnow-Haverlandt unter ihrem ersten Namen als Käuferin aufgetreten war und angegeben hatte, das Haus rein privat nutzen zu wollen. Seit dem 31.8.2010 war sie dort behördlich gemeldet. Die aktive Parteimitgliedschaft ihres Mannes war dem ortsansässigen Makler zunächst entgangen.

Doch mit der rein privaten Nutzung des zweigeschossigen Wohnhauses mit Seitenflügel und Hof war es bald vorbei. Im Erdgeschoss, in dem sich früher auch eine Gaststätte befand, wurden schon bald Parteitreffen und Schu-



*Wohnhaus und Geschäftsstelle des
NPD Kreisverbandes Dahmeland in der Friedrichstr 27*



*Warten auf Verstärkung – noch zögerlicher Aufzug
des NPD-Kreisverbandes am 19.8.2011*

lungen durchgeführt. Es folgten Arbeitseinsätze, Gartenfeste, Liederabende und andere Parteiveranstaltungen. Als Haverlandt zusätzlich die oberen Fenster seiner Außenfassade mit Gittern versah, wurde es vielen Märkisch Buchholzern ein wenig mulmig zumute: Warum schützt er sich, was plant der Familienvater in seinem Haus und welche Reaktionen erwartet er? Dazu gab er Antworten auf seiner Website „Friedrichstr. 27“, die jedoch vielen zunächst verborgen blieb.

Ein „nationales Jugendzentrum“ wolle er vor Ort schaffen, hieß es zunächst, dann die nach seiner Ansicht brachliegende Jugendarbeit wieder aufbauen, schließlich Nachwuchsarbeit für die NPD betreiben.

Da Märkisch Buchholz in dieser Zeit über keinen öffentlichen Jugendraum verfügte, überrascht es nicht, dass Haverlandt thematisch gerade hier punkten wollte. Zudem hat er dieses Thema bereits Jahre zuvor massiv in Königs Wusterhausen eingebracht. Mit der Kampagne „Jugend braucht Perspektive“ verknüpften NPD und Freie Kräfte bereits Mitte der 2000er Jahre die Forderung nach einem „nationalen Jugendzentrum“. Als er Anfang 2011 in seinem neuen Wohnort zudem einen Aufnahmeantrag im örtlichen Anglerverein stellte, zu dessen Mitgliedern viele Kinder- und Jugendliche gehören, wurde seine Strategie deutlich und von den Buchholzern unmissverständlich erkannt. Der Vorstand des Anglervereins entschied in einer Mitgliederbefragung den Aufnahmeantrag von Herrn Haverlandt abzulehnen.

Reaktion der Zivilgesellschaft – Chronik der Ereignisse

Im Herbst 2010 kam der erste Kontakt des MBT zur Bürgermeisterin zustande. Es ging zunächst um eine andere Thematik, nämlich um eine Beratung zur Errichtung eines Literaturcafés und Tagungshauses zu Ehren von Franz Führmann, der für einige Zeit in Märkisch Buchholz gelebt hatte. Ein ungewöhnliches Projekt in der eher ländlichen Region, das nicht unmittelbar auf Verständnis oder Unterstützung der Märkisch Buchholzer hoffen konnte. Um einen konstruktiven Austausch zwischen Stadtverordneten, einer Landtagsabgeordneten, Architekten und einem Berliner Jugendhilfeträger als Initiator in Gang zu bringen, wurde das MBT durch die Jugendkoordinatorin im Amt als Moderator ins Gespräch gebracht. An diesem Abend im November 2010 spielte in Seitengesprächen mit der Bürgermeisterin ein anderes Thema eine große Rolle. Sie berichtete, dass der NPD-Kreisvorsitzende Haverlandt vor einigen Wochen in den Ort gezogen sei und seit dem 31.8. in der Friedrichstraße 27 wohne. Sie vermutete schon damals, dass die Wohnortverlagerung des Herrn Haverlandt durchaus mit einem kommunalpolitischen Kalkül verbunden war. Die Reaktionen aus der Zivilgesellschaft fielen zunächst unterschiedlich aus.

Entgegen dem alarmierten Verhalten der Bürgermeisterin reagierten viele Einwohner zunächst verhalten. Kommentare wie z.B. „ Ach, der ist doch eigentlich ganz freundlich und grüßt immer, warum soll er denn nicht hier wohnen dürfen...?“ und „... was ist denn schon dabei, die NPD ist doch nicht verboten...“ bis hin zu „... na so ganz unrecht hat die Partei ja nicht...“. Die direkten Nachbarn standen vor dem Problem, sich im alltäglichen Kontakt unmittelbar zu ihm und seiner Frau verhalten zu müssen, d.h. grüßen – ja oder

nein, ein paar freundliche Worte auf der Straße oder nur das allernotwendigste, offenes Interesse signalisieren oder eher Ablehnung? Und wie verhält man sich, wenn man als direkter Nachbar zu Haverlandts ausgefragt wird? Auf so manche Beobachtungen hin wurden Einschätzungen getätigt und Meinungen gebildet. Weitergegebene Informationen machen im Ort schnell die Runde; das kann auch dazu führen, dass man plötzlich selbst bei dem einen oder anderen in Misskredit gerät oder selbst in Erklärungsnot kommt.

Neben der engagierten Bürgermeisterin, die mehrfach beunruhigte, aber auch verängstigte Bürger der Stadt in ihrer Bürgermeistersprechstunde zur Nutzung der Immobilie informiert hatte, waren nun immer mehr Menschen im Ort bereit sich mit dem Thema auseinanderzusetzen und sich zu einer Gruppe zusammenzuschließen.

Anlass der späteren Gründung einer Bürgerinitiative war, dass der NPD-Kreisvorsitzende Haverlandt zu einer politischen Kundgebung seiner Partei für den 19.8.2011 nach Märkisch Buchholz aufgerufen hatte. Diese NPD-Kundgebung mit zahlreichen Rednern sollte an einem Freitagabend für mehrere Stunden mitten im Ort an der Kirche stattfinden. Dies wurde von einem Teil der Buchholzer als unerträgliche Provokation wahrgenommen – allen voran war es der Pfarrer, der zu sich in die Kirche einlud, um eine angemessene Reaktion auf die politische Demonstration der NPD im Ort zu suchen. Dabei war man sich schnell einig, dass im Rahmen einer Andacht und eines Gedankenaustausches eine friedliche Versammlung in der Kirche für die Dauer der rechtsextremen Kundgebung stattfinden sollte. Das Ergebnis war beeindruckend und wurde in der Lokalpresse (Märkischen Allgemeine) am kommenden Tag mit einem umfänglichen Artikel „Kerzen der Hoffnung“ und zahlreichen Fotos dokumentiert. Rund 200 Besucher, jung und alt und zum größten Teil Einwohner aus Märkisch Buchholz, waren in die Kirche gekommen und hatten sich an der Veranstaltung für Freiheit und Menschenrechte beteiligt, zum Teil mit Gedichten, zum Teil mit Berichten über eigene Erlebnissen aus den letzten Kriegstagen oder danach. Von der NPD-Kundgebung hinter der Kirche nahmen die meisten demonstrativ keine Notiz. Zum Abschluss zündeten die Teilnehmer Kerzen an und legten diese vor der Kirche um einen großen Schriftzug mit dem Text des ersten Artikels des Grundgesetzes ab.

Erstmals in der Auseinandersetzung mit der NPD war es den Bürgern von Märkisch Buchholz mit dieser Veranstaltung gelungen an das Wir-Gefühl der Stadt anzuknüpfen, es zu stärken und lebendig werden zu lassen. Auch die positiven Berichterstattungen der Zeitungen hatten dazu beigetragen und sollten das städtische Selbstwertgefühl in Zukunft stärken. Die politischen Kampfreden der NPD-Redner aus Berlin, Sachsen und Märkisch-Oderland auf der anderen Seite wirkten in der Abenddämmerung des Augusttages gespenstig



Nach der Andacht in der Kirche von Märkisch Buchholz zündeten die Besucher Kerzen an, stellten sie auf den Altar.

FOTOS: MAZ

Kerzen der Hoffnung

ANDACHT Bewegende Veranstaltung in der Kirche Märkisch Buchholz gegen Nazi-Kundgebung

180 Besucher waren gestern Abend in die Kirche am Marktplatz gekommen, um an der Andacht für Freiheit und Menschenrechte teilzunehmen.

Von Frank Pawlowski

MÄRKISCH BUCHHOLZ | Einwohner von Märkisch Buchholz und umliegenden Orten haben sich gestern Abend in der evangelischen Kirche der Kleinstadt versammelt, um gemeinsam einer Veranstaltung der rechtsextremen NPD entgegenzutreten. Pfarrer Jürgen Behnken und Bürgermeisterin Bianca Urban hatten zur Andacht aufgerufen. 180 Besucher waren der Einladung gefolgt. Das Gotteshaus war voll besetzt.

„Friedfertigkeit ist keine Schwäche, sondern kann enorme Kräfte verleihen“, sagte Pfarrer Behnken in seiner Begrüßung. Er ging in seiner Ansprache auf NPD-Parolen ein. „Dahinter steckt eine Lebensphilosophie. Wer wissen will, wohin sie führt, kann im Geschichtsbuch ab 1933

nachschlagen“, sagte er. „Ein gutes Miteinander ist nur dort möglich, wo ich den Menschen achte.“ In der andert-halbstündigen Veranstaltung traten auch Besucher auf. Ein Mann trug ein Gedicht über Märkisch Buchholz vor, ein anderer sprach über die Ereignisse in den letzten Kriegstagen, die Zerstörung der Stadt, ihre Kriegstoten und zivilen Opfer, auch während der Zeit

Anzeige

bernards
autoservice
MP3LT400
Fahrbar mit
Autoführerschein
Dorfstraße 26 15831 Jühndorf
Tel. 0337/9 21 600 www.bernards.de

der sowjetischen Besatzung. Die 18-jährige Yvonne Callister hielt eine bewegende Rede. Die Engländerin lebt seit vielen Jahren in der Stadt. „Ich glaube, dass Märkisch Buchholz immer eine freundliche Stadt bleiben wird“, sagte sie. Es gab tosenden Applaus. Zum Ende der Andacht zündeten die Besucher Kerzen der Hoffnung an, stellten sie auf den Altar. Bürgermeis-

terin Bianca Urban war überwältigt, ihre standen die Tränen in den Augen. „Ich freue mich, dass so viele Menschen dem Aufruf gefolgt sind“, sagte sie. Unter den Gästen war neben Lokalpolitikern auch der linke Landtagsabgeordnete Andreas Bernig. Er war beeindruckt. „Ich finde es hervorragend, wie hier Zivilcourage gezeigt wird.“

Vor den Gotteshaus hatten sich rund 50 NPD-Anhänger zur Kundgebung versammelt. Bis 21 Uhr gab es keine Zwischenfälle. 50 Polizisten waren im Einsatz.



Das Gotteshaus war voll besetzt, 180 Menschen kamen.



Bürgermeisterin Bianca Urban war überwältigt vom Zulauf.



Pfarrer Jürgen Behnken sprach eindringlich zu den Gästen.



Hinter der Kirche fand eine NPD-Kundgebung statt.

Auszug aus der Berichterstattung der Märkischen Allgemeinen vom 20./21.8.2011 zu Märkisch Buchholz, Autor: Frank Pawlowski

und irreal. Der August 2011 machte deutlich, dass Zivilcourage in Märkisch Buchholz kein bloßer Wunsch ist und weiterentwickelt werden kann. Seitdem treffen sich in den Räumen der Kirche immer wieder engagierte Buchholzer, Vertreter aus Vereinen, Gemeindemitglieder, Senioren, die den Zweiten Weltkrieg hier als Kinder erlebt haben, junge Erwachsene und auch einige interessierte Gäste aus den Nachbargemeinden, die beratschlagen, was weiter getan werden kann.

Es machten Ideen die Runde, wie z.B. einen Briefkastenaufkleber zu entwickeln, der NPD-Werbung untersagt, und diesen an alle Haushalte zu verteilen. Auch das Aufstellen einer öffentlichen Mülltonne im Ort, zur Entsorgung solcher Werbung, wurde beraten. Da Haverlandt sich gerne mit Hauswurfsendungen zu kommunalpolitischen Themen äußerte, wurde erwogen selbst einen Flyer, eine Zeitung bzw. eine Hauswurfsendung zu verfassen, die die Einwohner über die Gefahren und Absichten der NPD aufklärt. Manche Idee wurde erfolgreich umgesetzt, manche wieder fallen gelassen. Aus diesen Zusammenkünften gründete sich im Herbst 2011 das Bündnis B:ob – „Buchholz: offen und bunt“.



Briefkastenaufkleber, der Anfang 2012 an alle Haushalte verteilt wurde.

Das wichtigste Ereignis in der Auseinandersetzung mit der NPD stand aber noch bevor. Anfang November organisierte die Bürgermeisterin mit Unterstützung des Bündnisses eine Informationsveranstaltung zum Thema Rechtsextremismus in Brandenburg und zivilgesellschaftliches Engagement unter Beteiligung des Verfassungsschutzes und des Mobilien Beratungsteams. Fünfzig interessierte und engagierte Bürgerinnen und Bürger waren gekommen und hatten beim anschließenden Bürgerstammtisch die Gelegenheit, kommunalpolitische Themen zu besprechen. Dieser Ablauf war bewusst so gewählt worden, um eine kombinierte Wirkung der Veranstaltung zu erzielen. Immerhin war Haverlandt an diesem Abend selbst erschienen und hatte sich zunächst unauffällig ins Publikum gesetzt. Als die Rede auf die NPD kam, versuchte er auch inhaltlich die Diskussion zu lenken, doch das gelang ihm nicht. Seine

Argumente waren schwach und auf gezielte Fragen reagierte er ausweichend. Tatsächlich trauten sich an diesem Abend erstmalig Bürgerinnen und Bürger, Herrn Haverlandt im direkten Kontakt ihre Meinung zu sagen. Der Tenor war, man habe nichts gegen ihn als Privatperson, lehne aber die Ziele der NPD ab, fürchte sich vor dem gewaltbereiten Umfeld der Partei und wünsche sich kein politisches Engagement von ihm in Märkisch Buchholz.

Es folgten Themen, wie sie normalerweise an Bürgerstammtischen üblich sind, Schlaglöcher in den Straßen, Kitagebühren, Veräußerungen von Baugrundstücken, Ausbau des Tourismus usw. Haverlandt stand daraufhin auf und ging grußlos. Die Buchholzer waren nun wieder unter sich und so manchem mag hier nun auch Haverlandts mangelndes Interesse an Märkisch Buchholz und seinen alltäglichen kommunalpolitischen Themen deutlich geworden sein.

Auch die Briefkastenaufkleber, welche das Einwerfen von NPD-Werbung untersagen, führten zu einer weiteren Auseinandersetzung mit der NPD. Da es trotz dieser mehrfach zum Einwurf von JN-Werbematerialien kam, strengten vier Bürgerinnen und Bürger eine Unterlassungsklage gegen die NPD an. Am 22.6.2012 kam es zur Verhandlung, in der die NPD von ihrem stellvertretenden Bundesvorsitzenden Frank Schwerdt vertreten wurde. Er argumentierte, dass es der NPD nicht möglich sei, über die üblichen Verfahren hinaus die Verteilung von Werbematerialien zu kontrollieren. Er verwies darauf, dass auch nicht auszuschließen sei, dass die Kläger selbst oder andere Gegner die Werbematerialien in jene Briefkästen warfen. Die Richterin gab der Unterlassungsklage statt, da ihr die NPD-Argumentation „weltfremd“ erschien⁹. Somit konnten die Bürger von Märkisch Buchholz einen weiteren Erfolg für sich verbuchen – es bleibt abzuwarten, ob dieses Urteil Bestand hat und für Brandenburg richtungsweisend wird.

MBT Beratungsprozess

Beratungsansatz

In der MBT-Beratungsarbeit gibt es unterschiedliche Beratungszugänge. Zwar arbeitet das MBT in der Regel nur auf Anfrage, aber wir unterscheiden im Allgemeinen zwischen Kontaktformen:

⁹ Das Urteil war bei Fertigstellung dieses Beitrags am 25.6.2012 noch nicht rechtskräftig.

- in denen sich der Bürger direkt an uns wendet,
- in denen wir von uns bekannten Personen empfohlen werden
- und in denen wir uns Beratungsnehmern empfehlen.

Da wir im Fall von Märkisch Buchholz schon zu einer Moderation vor Ort waren, lag die Kontaktaufnahme bereits hinter uns.

Als Berater galt es nun zunächst den Ort zu erkunden. Diese Herangehensweise entspricht dem Beratungsansatz und Selbstverständnis des MBT. Um einen Einblick in und erstes Verständnis für Märkisch Buchholz, dessen Bewohner und ihre Themenlagen zu bekommen, war es wichtig, sich mit der Situation vor Ort vertraut zu machen. Begehungen, Beobachtungen, Beziehungsgespräche – wie funktioniert hier Kommunikation, wie wirkt der Ort, nach außen und nach innen, welche Interessen und Anliegen formulieren die Menschen, wie haben sie ihre Geschichte erlebt?

Die Beraterhaltung

Neugier und Vertrauen sind hilfreiche Begleiter, wenn es darum geht, neue Systeme zu erschließen. Beratung verstehen wir als Kommunikation mit Bürgern und einem wirklichen Interesse an der Situation vor Ort. Die Kompetenzen für die Lösung von Problemen liegen allerdings stets bei den Betroffenen selbst – Beratung in diesem Sinne ist ein Prozess, der die jeweiligen Lebenswirklichkeiten und die Themen der Bevölkerung zum Ausgangspunkt nimmt.

In einem Beratungsprozess kann auch schnell deutlich werden, wie unterschiedlich die Sichtweisen zwischen Beratungsnehmer und Beratenden sein können. Dies als Berater „auszuhalten“ und eine prinzipielle Offenheit zu bewahren, ist Teil einer professionellen Beratungsarbeit.

Die Haltung der Berater orientiert sich an den demokratischen Grundprinzipien. Respekt und die Achtung von Menschen in ihren eigenen Bezügen ist einer der obersten Grundsätze. Dieser Ansatz beruht auf dem „Brandenburger Modell“ und seiner Idee, für die Menschen vor Ort in Fällen kommunaler Konflikte eine Gruppe von Beraterinnen und Beratern zu haben, die unabhängig sind und beraten können, ohne direkt in die Strukturen der jeweiligen Orte einzugreifen.¹⁰

¹⁰ Frauke Postel: Gedanken zum Arbeitskonzept des Mobilen Beratungsteams. In: Dirk Wilkig, Michael Kohlstruck (Hg.): Einblicke III – Ein Werkstattbuch. Potsdam: Demos 2010, S. 11.

Beratungsverlauf

Von Anfang an richtete sich unsere Beratung auf die erst kurze Zeit amtierende ehrenamtliche Bürgermeisterin. Als Rechtsanwältin lotete sie vor allem die verwaltungsrechtlichen Handlungsmöglichkeiten aus, die bei einem Immobilienerwerb und einer Nutzung in Frage kamen. Ihre Arbeit galt dem Ziel, eine politisch-extreme Arbeit von Herrn Haverlandt in Märkisch Buchholz zu unterbinden. Gemeinsam mit den Stadtverordneten versuchte sie zunächst, den Immobilienverkauf rückgängig zu machen. Dabei verwies die Stadt Märkisch Buchholz darauf, von Haverlandt bzw. seiner Frau arglistig getäuscht worden zu sein, da das Ehepaar angegeben hatte, das erworbene Gebäude als Wohnhaus und nicht als Geschäftsstelle des NPD-Kreisverbandes Dahme-land nutzen zu wollen. Die Pläne der Stadt, die Immobilie selbst zu erwerben, scheiterten an der Eigentümerin, die eine Auseinandersetzung mit der NPD fürchtete. Daraufhin wurde den Eignern der Immobilie im August 2011 vom Landkreis eine Ordnungsverfügung zugestellt, wonach es ihnen untersagt ist, die ehemalige Gaststätte als Jugendzentrum oder Versammlungsstätte zu nutzen. Auf seiner Website „Friedrichstr. 27“ inszenierte sich Haverlandt fortan als Opfer einer behördlichen Willkür und beleidigte die Bürgermeisterin mehrfach in seinen Texten. Dies führte zu einer gewissen polarisierenden Stimmung im Ort.

Um einer Art Lagerbildung im Ort zuvorzukommen, war es uns wichtig, die Akteure davon zu überzeugen, dass es nicht um die Stigmatisierung oder Verurteilung eines einzelnen NPD-Mitgliedes ging, sondern um eine Auseinandersetzung mit der NPD als Partei, mit ihrem völkisch-rassistischen Weltbild und ihren extremistischen Strategien. Es galt, sich damit auseinanderzusetzen, anstatt sich an einer öffentlichen Verurteilung und Ausgrenzung der Familie Haverlandt zu beteiligen.

Nicht allen fiel diese Art der Auseinandersetzung leicht, die Unsicherheit am Anfang war groß. In diesen Situationen wird häufig nach dem starken Staat verlangt, nach einem NPD-Verbot und einer deutlichen polizeilichen Präsenz. Die Erwartungen in Märkisch Buchholz gingen in alle Richtungen – das Ausbalancieren der unterschiedlichen Meinungen und Forderungen im Ort, wie mit diesem Thema umzugehen sei, nahm einige Zeit des Beratungsprozesses in Anspruch.

Im Wesentlichen bestand unsere Beratungstätigkeit in der Beratung der Bürgermeisterin, des Vorstands des Anglervereins, der Jugendkoordinatorin im Amt sowie der Kita-Leiterin auf der einen Seite und auf der anderen Seite in zahlreichen Gesprächen mit interessierten Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft. Diese Vier-Augen-Gespräche hatten einen hohen vertrauli-

chen und persönlichen Anteil und hinterließen eine aktivierende und nachhaltige Wirkung im Gemeinwesen sowie die Bereitschaft, sich auch inhaltlich mit dem eigenen Demokratieverständnis auseinanderzusetzen.

Seit der Gründung des Bürgerbündnisses im Herbst 2011 sehen wir uns vor allem in der beratenden Begleitung des Bündnisses in seinen Plänen und Themenstellungen.

Auch im Hinblick auf die Jugendarbeit vor Ort konnten neue Akzente mit der schon länger geplanten Wiedereröffnung eines Jugendraumes und der Einstellung eines Sozialpädagogen gesetzt werden.

Im Ausblick auf die Kommunalwahlen 2014 wird sich unsere Beratung in der nächsten Zeit vor allem auf die Gemeindevertreter und die Unterstützung der Bürgermeisterin konzentrieren.

Es bleibt festzuhalten, dass die Buchholzer für die Gefahren eines NPD-Kreisverbandes und JN-Stützpunkts in der Region sensibilisiert sind und die Auseinandersetzung für ein demokratisches Miteinander im Gemeinwesen befördert wird. Mit aktiver Unterstützung des Landkreises wurden von verwaltungsrechtlicher Seite alle Anstrengungen unternommen, die juristischen Möglichkeiten im Umgang mit der NPD auszuloten. Nach nunmehr zwei Jahren gilt es für Märkisch Buchholz, diesen Weg fortzuführen und dabei darauf zu achten, auch die bisher „Unentschiedenen“ in die weiteren Vorhaben einzubeziehen. Von Seiten der Amtsverwaltung sollte das ehrenamtliche Engagement, insbesondere der Bürgermeisterin, sich für eine demokratische Kultur in Märkisch Buchholz einzusetzen, entsprechend unterstützt werden. Man darf aus unserer Sicht nicht unterschätzen, welcher zeitliche Aufwand und persönliche Mut damit verbunden ist, sich neben den kommunalpolitischen Aufgaben im ehrenamtlichen Bürgermeisteramt zusätzlich noch den Herausforderungen eines Zuzuges von NPD-Kadern im Gemeinwesen zu stellen.

Reaktionen bei einem Zuzug rechtsextremer Kader

Im Umgang mit schwierigen Situationen für das demokratische Miteinander wird oft nach so genannten best-practice Lösungen gesucht, die man für die eigene Situation nutzen möchte. Bei Irritationen durch das Agieren eines rechtsextremen Neubürgers ist ein Rückgriff auf solche Erfahrungen nur bedingt möglich. Zwar kann man sich am Verwaltungshandeln anderer betroffener Kommunen ein Beispiel nehmen, doch die strukturellen Gegebenheiten in einem Gemeinwesen sind nur bedingt auf das bürokratische Agieren zu reduzieren. Ferner sind in Gemeinden und Kommunen über die Jahre hinweg eigene ortstypische Handlungsmuster entstanden. Diese sind

damit zu erklären, dass ein Gemeinwesen insbesondere von seinen Akteuren sowie von den historischen und kulturellen, nicht zuletzt auch von geographischen Bedingungen geprägt wird.¹¹ So sind beispielsweise in einigen Brandenburger Gemeinden die freiwilligen Feuerwehren eher der Ort für die politische Willensbildung als beispielsweise die etablierten Parteien, welche diese Aufgabe vom Grundgesetz zugesprochen bekommen.¹² Als allgemeine Grundregel für ländliche Gemeinden in Brandenburg ist dies allerdings nicht anzusehen. Dieser Umstand verdeutlicht, dass die Funktionsweisen eines Gemeinwesens stets im konkreten lokalen Kontext und damit individuell für jede Gemeinde zu analysieren sind. Dennoch wird im Folgenden versucht, strukturell Handlungsalternativen von Gemeinden und Gemeinwesen darzustellen, indem verschiedene Handlungsmöglichkeiten samt den potentiellen Folgen aufgezeigt werden.

Es wird ernst – ein neuer Nachbar ist da!

Wenn eine Gemeinde die Information erhält, dass ein rechtsextremer Bürger Kaufinteresse an einem Objekt hat oder bereits eine Immobilie angemietet bzw. erworben hat, wirkt dies zunächst meist verunsichernd. Die ersten Reaktionen darauf reichen von einem Schulterzucken über Empörung bis hin zur Angst vor einer potentiellen Störungen und den dafür Verantwortlichen. So unterschiedlich wie diese Reaktionen sind auch die daraus resultierenden Bedürfnisse. Oft ist ein Ruf nach einer schnellen Intervention zu vernehmen, begründet in der Hoffnung, die entstandene Situation schnellstmöglich zu beheben und somit die internen und externen Schäden für die Gemeinde abzuwenden. Kritiker dieser Variante sehen die Gefahr eher darin, der Thematik allzu viel Bedeutung beizumessen und somit den strategischen Erwägungen des rechtsextremen Kaders Vorschub zu leisten. Hinzu kommen jene Mitglieder des Gemeinwesens, die eine Gefährdung für unwahrscheinlich halten und demnach Interventionen generell eher kritisch gegenüberstehen. Wenngleich die Anzahl der Vertreterinnen und Vertreter der verschiedenen Meinungen in den unterschiedlichen Gemeinden differiert, ist eine Diskussion zum weiteren Umgang mit der eingetretenen Situation, einen aktiven Rechtsextremen zum Nachbarn zu haben, zumeist unausweichlich. Vom Verlauf dieses Diskurses ist abhängig, wie dem Zuzug begegnet wird – es wird eine Handlungsstrategie entwickelt.

¹¹ Oliver Fehren: Wer organisiert das Gemeinwesen – Zivilgesellschaftliche Perspektiven Sozialer Arbeit als intermediärer Instanz. Berlin: edition sigma 2008, S. 136 f.

¹² Art. 21 Abs. 1 GG.

An diesem Punkt reagierte die Märkisch Buchholzer Bürgermeisterin alarmiert und begann, ihre Mitbürger engagiert aufzuklären. Zudem wurde von der Verwaltung eine Ordnungsverfügung zur Nutzungsunterlassung für Versammlungen erwirkt. Später wurde ein zivilgesellschaftliches Bündnis gegründet, welches sich fortan für ein buntes und offenes Märkisch Buchholz einsetzte. Sowohl die Zivilgesellschaft als auch die Verwaltung setzten sich intensiv mit dem Zuzug auseinander.

Der Bürgermeister von Schorfheide (BAR) hingegen hielt sich in einem anderen Fall zunächst zurück, weil er nicht der Meinung war, dass sich die Gemeinde Schorfheide wegen eines einzelnen zugezogenen Bürgers in Aktionismus stürzen solle. In der weiteren Beschäftigung mit dem Thema entstand ein Zusammenwirken von Verwaltung und Zivilgesellschaft. Dieses mündet im sogenannten Schorfheider Frühstück.¹³ Es wurde demnach insbesondere das Wir-Gefühl gestärkt, ohne dabei das Thema Rechtsextremismus ausdrücklich zu bearbeiten.

In Plattenburg (PR) ist als Hauptakteur die Verwaltung zu nennen. Von Seiten der Bürgerinnen und Bürger war zunächst Verwirrung über die eigentliche Intention der neuen Nachbarn zu vernehmen, später teilweise Unmut über das als zurückhaltend beschriebene Verhalten der Verwaltungen sowie der Polizei. Letztlich wurde das Objekt nach eingehenden Prüfungen der zuständigen Verwaltung aus baurechtlichen Gründen geräumt. Die konkrete Auseinandersetzung fand demnach überwiegend von Seiten der Verwaltung statt.¹⁴

An der Unterschiedlichkeit der ersten Reaktionen und den daraus resultierenden Handlungssträngen ist zu erkennen, dass es mehrere probate Handlungsstrategien geben kann, welche jeweils an die vorherrschenden Bedingungen angepasst werden müssen. Dabei können die Beispiele im Vergleich nur schwer bewertet werden, da die Bedingungen stets differieren. Eine wichtige Gemeinsamkeit der drei Fälle besteht darin, dass es zu einem Austausch aller Akteure im Gemeinwesen kam und die Problematik thematisiert wurde. Dies ist im Hinblick auf die unterschiedlichen Herangehensweisen verschiedener Akteure von besonderer Bedeutung. Nur so kann eine Sensibilität füreinander entstehen.

¹³ Vgl. dazu den Beitrag von Karin Lorenz und Jürgen Lorenz in diesem Band.

¹⁴ Näheres dazu: Gabriele Schlamann: Die Auseinandersetzung mit dem „Fürstentum Germania“ in der Gemeinde Plattenburg 2009. In: Dirk Wilking, Michael Kohlstruck (Hg.): Einblicke III – Ein Werkstattbuch. Potsdam: Demos 2010, S. 125 ff.

Wer soll es richten und warum?

Unterschiede bestehen hinsichtlich der Art der Akteure, die die Auseinandersetzungen organisieren und vorantreiben. Ist dies in Märkisch Buchholz und in Schorfheide eine Kombination aus Verwaltung und Zivilgesellschaft, so agierten in Plattenburg eher die staatlichen Organe (Polizei, Kreis- und Gemeindeverwaltung). Ein Bürgerbündnis als Hauptakteur hat dabei den Vorteil, dass es eher aus der Mitte des Gemeinwesens heraus handelt und ihm weniger Vorurteile entgegengebracht werden. Allerdings sind mitunter rationale Argumentationen wenig ausgeprägt. Bürgerbündnisse laufen Gefahr, durch Betroffenheit zu emotional zu agieren. An diesem Punkt stoßen wiederum Verwaltungen an ihre Grenzen. Sie unterliegen dem Neutralitätsgebot und sind an allgemeine Vorschriften gebunden – auch in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Insbesondere wenn die Verwaltung der Hauptakteur ist, gilt es für sie zwischen Datenschutz und öffentlichem Interesse nachvollziehbar und nachprüfbar zu handeln. Das Zusammenwirken von Verwaltung und Zivilgesellschaft scheint schließlich eine ideale Kombination darzustellen. Doch hierfür bedarf es der großen Disziplin aller Beteiligten, in der jeweiligen Rolle zu verbleiben. In dieser Konstellation sind den Partnern rollenbedingte Grenzen der Zusammenarbeit gesetzt.

Was machen wir jetzt?

Unabhängig davon, wer jeweils der Hauptakteur ist, bestehen vielfältige Möglichkeiten, mit der neuen Situation im Gemeinwesen umzugehen. Üblicherweise werden zunächst die Bürgerinnen und Bürger über die Thematik aufgeklärt, indem die Argumentationsmuster von Rechtsextremen offengelegt und mögliche Reaktionen dargestellt werden. Dies kann beispielsweise in Form von Flugblättern oder mit Informationsveranstaltungen des Verfassungsschutzes realisiert werden. Beim Erstellen von Flugblättern oder ähnlichem ist insbesondere darauf zu achten, von persönlichen Diffamierungen Abstand zu nehmen und den Fokus auf die Beschreibung und Erklärung des Rechtsextremismus zu legen. Diffamierungen können zu gerichtlichen Konsequenzen führen. Moralisch gesehen verbietet sich die Diskreditierung individueller Personen. Die Auseinandersetzung sollte sich vielmehr um typische Handlungen und Argumentationen von Rechtsextremen drehen. Damit kann gleichzeitig vermieden werden, dem Zugezogenen die Einnahme einer Opferrolle zu ermöglichen. Für das Handeln der Verwaltung empfiehlt sich, etwaige Anträge genau zu prüfen. Dahinter steht keinesfalls die Aufforderung, eine Bürgerin oder einen Bürger zu benachteiligen, indem besonders genau hingeschaut

wird. Dies ist im engen Spielraum des Verwaltungshandelns auch kaum möglich. Vielmehr geht es um eine Vermeidung von Fehlern bei der Arbeit der Verwaltung. Diese können zu einem Zerwürfnis zwischen Zivilgesellschaft und ihrer Gemeinde führen.

Vielen Akteuren im Gemeinwesen ist es ein Bedürfnis, sich auch öffentlich sichtbar für oder gegen eine Sache artikulieren zu können. Dies ist zum Beispiel in Form von Kundgebungen oder Festen möglich. Diese Art der Positionierung hilft den Aktivist*innen des Gemeinwesens, das gemeinsame Auftreten für Vielfalt oder gegen menschenverachtende Weltanschauungen auch öffentlich sichtbar werden zu lassen. Wird bei der Planung solcher Veranstaltung darauf geachtet, möglichst viele Akteure des Gemeinwesens einzubinden, und besteht darüber hinaus eine Kompromissbereitschaft bei den Beteiligten, ist von einer Stärkung des Wir-Gefühls auszugehen – im Sinne von „unsere Gemeinde“ oder „wir hier in ...“ bis hin zu „wir werden jetzt...“. Wird diesem Schritt der gemeinsamen Planung zu wenig Bedeutung beigemessen, besteht die Gefahr der Polarisierung im Gemeinwesen. Auf der einen Seite stehen dann jene, die eine weithin hör- und sichtbare Meinungsäußerung, z.B. durch eine Kundgebung, für unverzichtbar halten, auf der anderen Seite die Bürger*innen und Bürger, die sich mit dieser Art eines „lauten Agierens“ nicht identifizieren können. Dieser Effekt sollte in jedem Fall vermieden werden.

Fazit

Die Anmietung und der Kauf von Immobilien verbunden mit einer gezielten Nutzung zum Aufbau von rechtsextremen Strukturen gehört auch in Brandenburg zur Realität. Allein dieser Fakt lässt jedoch keine Rückschlüsse auf den Stand der demokratischen Entwicklung im Land Brandenburg zu. Mit Märkisch Buchholz wählte Sven Haverlandt eine Stadt, welche sich durch ein reges Vereinsleben und somit durch ein starkes Gemeinwesen auszeichnet. Märkisch Buchholz als Standort für ein „nationales Jugendzentrum“ wurde wohl aufgrund der Nähe zum symbolträchtigen Waldfriedhof in Halbe gewählt, der als Ort des Gedenkens an die Opfer der Kesselschlacht dient. Auch andere von Rechtsextremen genutzten Immobilien in Brandenburg lassen strategische Kalküle vermuten, etwa um der NPD eine möglichst flächendeckende Präsenz zu ermöglichen oder Raum für Treffen zu bieten. Hierbei wird seitens der NPD versucht, eine ähnliche Verwurzelung in den kommunalen Strukturen herbeizuführen, wie dies der Partei in Teilen der sächsischen Schweiz gelungen ist. Diesen Erfolg konnte die NPD in Brandenburg mit der Methode des Zuzugs von Kadern bisher nicht erzielen. Begründet liegt dies im enga-

gierten Agieren verschiedener Akteure vor Ort. So ist in Märkisch Buchholz insbesondere die Bürgermeisterin, das Bündnis „Buchholz: offen und bunt“ und der Landkreis zu nennen. Das Bündnis kann durch seine Zusammensetzung weit in das Gemeinwesen hineinwirken. Es agieren neben Vereins- und Kirchenvertretern auch Bürgerinnen und Bürger im Bündnis. Der Unterstützung des Landrates bei der ordnungsgemäßen Umsetzung von gesetzlichen Vorschriften können sich die Akteure vor Ort gewiss sein.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass die Anmietung oder der Kauf einer Immobilie eines rechtsextremen Kaders für ein Gemeinwesen Gefahren wie auch Chancen bergen kann. Die Gefahren liegen zweifelsohne im Angriff auf das demokratische Miteinander. Darüber hinaus ergibt sich für das Gemeinwesen die Herausforderung, in einem gemeinsamen Austausch eine Form der Auseinandersetzung mit dem Thema zu finden, mit der sich der überwiegende Teil der Einwohner identifizieren kann. Gelingt dies nicht, kann es zu einer Polarisierung der verschiedenen Akteure kommen und somit der eigentliche Fokus der Problematik verloren gehen. In diesem Fall würden die rechtsextremen Bestrebungen einen guten Ansatz finden. Gelingt es jedoch den Mitgliedern des Gemeinwesens zusammenzuwirken, kann der Zuzug eines rechtsextremen Kaders dazu führen, dass die Gemeinschaft und die Identifikation mit der eigenen Gemeinde gestärkt werden.

Dirk Wilking, Michael Kohlstruck (Hg.)

**Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung
Einblicke IV**

Ein Werkstattbuch

Gefördert durch:



© August 2012, Potsdam

Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung
in Trägerschaft von „Demokratie und Integration Brandenburg e.V.“

Geschäftsstelle:

Benzstraße 11-12

14482 Potsdam

Tel: 03 31 / 7 40 62 46, 01 73 / 6 48 95 81

Fax: 03 31 / 7 40 62 47

Email: geschaeftsstelle@big-demos.de

www.gemeinwesenberatung-demos.de

Redaktion: Daniel Krüger, Berlin

Satz: Ralph Gabriel, Wien

Druck: Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

ISBN: 978-3-00-038753-1

Inhalt

Vorwort	7
<i>Dirk Wilking</i>	
Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus aufnehmen: 20 Jahre mobile Beratung im Land Brandenburg	9
<i>Daniel Krüger</i>	
Völkische Ideen und Inszenierungen aus dem Spreewald. Das Internet-Projekt spreelichter.info	51
<i>Nicola Scuteri</i>	
Zivilgesellschaftliche Bündnisse im ländlichen Raum: Das Aktionsbündnis „Neuruppin bleibt bunt“	81
<i>Michael Kohlstruck</i>	
Können Verhinderungsblockaden von angemeldeten Demonstrationen als ziviler Ungehorsam gelten?	101
<i>David Driese, Andreas Nienhuisen</i>	
Rechtsextreme Immobilienprojekte – lokale Reaktionen und Herausforderungen für die Gemeinwesenberatung	111
<i>Karin Lorenz, Jürgen Lorenz</i>	
Ein Osterspaziergang im August Vom Umgang der Gemeinde Schorfheide mit einem rechtsextremen Nachbarn und seinen Aktivitäten	133
<i>Gabriele Schlamann</i>	
Wusterhausens „Zukunftstage“ – ein Modell kommunaler Demokratie	157
<i>Robin Kendon, Ray Kokoschko</i>	
Personalschulung als Gemeinwesenentwicklung? – Ein Beispiel für Fortbildung und Coaching von Mitarbeitern des zweiten Arbeitsmarktes in der Kinder- und Jugendarbeit	175

<i>Uwe Steinbeiß, Thomas Weidlich</i>	
„Ohne Blaulicht“. Feuerwehren als zivilgesellschaftliche Akteure	197
<i>Frederik Ahlmann-Eltze, Frauke Postel</i>	
„Partizipation ist auch nur ein Wort“? Überlegungen zu demokratieförderlicher Beratung	205
Bildnachweis und Bildrechtsinhaber	213
Adressen des MBT	215